

Demokratisierung in der Bundeswehr

I

Die ersten Aufregungen, die der Bericht des Wehrbeauftragten *Hellmuth Heye* verursacht hatte, haben sich wieder gelegt. Nun erinnert man sich, daß dieses Gewitter nicht ohne Vorwarnungen losgebrochen war: So formulierte der Vorgänger Heyes, *von Grolman*, 1959 einen ersten sehr vorsichtig gehaltenen Bericht, der dem damaligen Bundesverteidigungsminister *Strauß* genügte, nicht nur die darin aufgeworfenen Fragen vor dem Verteidigungsausschuß einzeln zu zerpfücken, sondern in den Reihen der CDU/CSU auch wieder eine Diskussion über die neue und offenbar unbequeme Einrichtung des Wehrbeauftragten anzuregen. Dieser „Aufpasser“ war 1956 gegen den Willen der Regierungspartei im Grundgesetz verankert worden, weil die Zustimmung zu den verfassungsändernden Wehrgesetzen der sozialdemokratischen Opposition nur um den Preis abzurufen gewesen war, einen bundesrepublikanischen „Militieombudsman“ zu institutionalisieren. Der SPD-Abgeordnete *Ernst Paul* hatte aus seiner Emigrationszeit in Schweden diese Idee mitgebracht: Dort gibt es seit 1915 den Wehrbeauftragten — eine feste Einrichtung eines demokratischen Staates, der bereits 1809 zur Überwachung der Gerichte und der zivilen und der militärischen Verwaltung einen „Ombudsman“ berufen hatte.¹⁾

Man erinnert sich auch verschiedener Vorkommnisse, die mit dem „zu schnellen Aufbau“ der Bundeswehr begründet wurden und die den neuen Verteidigungsminister *von Hassel* bei seiner Amtsübernahme veranlaßten zu sagen, die Armee bedürfe nun erst einmal einer Zeit der Besinnung, in der sie sich konsolideren solle. Einen der schwerwiegendsten Fälle haben wir noch gut im Gedächtnis, nämlich den Fall der *Nagolder* Ausbildungskompanie 6/9. Diese Affäre veranlaßte damals Heye festzustellen, die politische Führung der Bundeswehr habe die ursprünglich gut entworfenen Grundsätze der Inneren Führung nur halb verwirklicht. Er machte begründete und wohlfundierte Verbesserungsvorschläge, die von dem früheren Bundeswehr-Generalinspekteur *Foertsch* kurz als „undurchführbar“ abgetan wurden.

Man hatte sich unermüdlich bemüht zu wiederholen, daß die diskutierten Ereignisse in Nagold Ausnahmen gewesen seien. *Foertsch* hat den klassischen Ausspruch vom „Saustall der Bundeswehr“ getan und damit klarmachen wollen, daß es sich hier um Extremfälle gehandelt habe, die in anderen Kasernen nicht vorkommen würden. Und doch war der „Fall Nagold“ symptomatisch: Symptomatisch insofern, als hier die Grundfragen einer demokratischen Armee sichtbar wurden.

„Demokratisierung“ ist eigentlich ja nur eine Parole — eine „Aufforderung, in bestimmter Richtung zu gehen“, wie es der Schweizer Militärsoziologe *Rolf Bigler* formulierte.²⁾ „Aber wie weit?“ fragt *Bigler* weiter. „Bis zur Angleichung der Offiziersuniformen an die Mannschaftskluft? Bis zur Nivellierung der Führerauslese oder noch weiter, bis zur Einführung demokratischer Einrichtungen?“ Und er bestätigte dem Schweizer Militärwesen: „Wenn nicht alles trügt, ist der Armee die Demokratisierungskur gut bekommen.“

Der deutsche Wehrbeauftragte Heye hat sich nicht damit begnügt, seinen diesjährigen Bericht dem Parlament zu überreichen. Er glaubte, es sei „fünf Minuten vor zwölf“ für die Armee. Damit sein Alarm nicht von der Öffentlichkeit ungehört verhallte, entschloß er sich, in einer Illustrierten zum Thema zu sprechen. Man hat diesen ungewöhnlichen Schritt zum Anlaß genommen, vom Inhalt abzulenken, und schließlich

1) Vgl. Fritz Bauer: Brauchen wir einen Ombudsman? in: GM, 4/1964, S. 227 ff.

2) Rolf Bigler: Der einsame Soldat. Frauenfeld 1963, S. 71.

begann man, daraus eine Waffe gegen den Wehrbeauftragten zu schmieden. Besonders scharf äußerte sich der oberste Chef der Bundeswehr, der Verteidigungsminister von Hassel: Heye habe mit seinen Äußerungen der Bundeswehr einen schweren Schaden zugefügt. Er sagte es nicht zuerst zum Parlament und auch nicht zum Wehrbeauftragten, sondern Kieler Hausfrauen erfuhren, daß Heye der Vorwurf treffe, das Gespenst einer reaktionären Armee in der Bundesrepublik an die Wand der Innenpolitik und der Außenpolitik gemalt zu haben: „Derartige Vorstellungen müssen scharf zurückgewiesen werden.“ Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, *Karl Gumbel*, nannte Heyes Vorwürfe schlicht „völlig unbegründet“, und der Generalinspekteur *Heinz Trettner* erließ einen Tagesbefehl an die Bundeswehr, in dem von „der Stunde der Anfechtung“ die Rede war.

Ob man nur von einem „Formfehler“ sprach, der Heye „unterlaufen“ sei, als er seine Ansicht gleichzeitig in einer Illustrierten der Öffentlichkeit zugänglich machte, ob man annahm, Heye sei „übers Ziel hinausgeschossen“, ob seine Vorwürfe „grobe und unzulässige Verallgemeinerungen“ genannt wurden oder ob kurzweg von „verfehlt“ und „völlig unbegründet“ gesprochen wurde — die massive Breitseite, die auf Heyes „Schuß vor den Bug“ antwortete, läßt in der deutschen Bevölkerung die Meinung aufkommen, daß Heye sich doch wohl geirrt habe, daß „alles nicht so schlimm“ — kurz, daß es um die Armee wohl bestellt sei und daß einzelne Vorkommnisse nicht zu generalisierenden Äußerungen verleiten dürften.

Innerhalb der Bundeswehr scheint das Urteil über Heyes Bericht bereits gefällt: Seine Schlüsse beruhen auf etwa 5000 Beschwerden — eine viel zu kleine Stichprobe sagt man, um derart verallgemeinern zu können! Staat im Staate? Lächerliche Vorstellung. Heyes Bericht sei lediglich geeignet, dem Ungehorsam Tür und Tor zu öffnen. Die Bundeswehr stehe fest zu den Grundsätzen der Inneren Führung.

Ist aber wirklich innerhalb der Bundeswehr die Meinung so ungeteilt? Wie war denn die Reaktion unter den Offizieren, den Unteroffizieren und in den Mannschaften, als die Prozesse in Calw das Tagesgeschehen in der Nagolder Kompanie deutlich machten?

Viele Offiziere, die empört waren über die Haltung der verantwortlichen Vorgesetzten, konnten andererseits nur zu gut den Kompaniechef *Schallwig* verstehen, der wie alle Kompaniechefs über zu wenige und oftmals unbegabte und schlechte Ausbilder und Hilfsausbilder verfügte, wo er selbst noch weiterer Ausbildung bedurft hätte. Sie wissen aus eigener Erfahrung, was es heißt, nach zu kurzer, oft zu oberflächlicher und gerade nur vom technischen Standpunkt aus vertretbarer Ausbildung zum Chef über 120 Mann zu avancieren, wobei man einerseits der Dienstaufsicht genügen will, andererseits eine umfangreiche Verwaltungsarbeit bewältigen soll — und das fällt vielen „guten Soldaten“ schwer! — und schließlich auch noch Lehrgänge besuchen, den Vorgesetzten auf Reisen begleiten und die eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten vervollständigen muß. Der Dienst umfaßt die fast doppelte Stundenzahl eines zivilen Arbeitnehmers und läßt kaum Zeit zur Besinnung. Man muß außerdem bedenken, daß Unverheiratete oft in der Kaserne wohnen. Ein „Privatleben“ gibt es dann nicht mehr.

Viele freiwillige Soldaten auf Zeit, die sich auf zwei, drei oder sechs Jahre verpflichtet haben, und die entsetzt waren über jene gleichaltrigen Hilfsausbilder, die sich in Calw zu verantworten hatten, fühlten ein Unbehagen, wenn sie an ihren eigenen Dienstbetrieb dachten: Nur wenige Monate im Dienst, Lehrgänge, Ausbildung als Hilfsausbilder — und dann haben sie sich gegen Gleichaltrige oder Ältere durchzusetzen, mit denen sie oft zusammen auf einer Stube liegen, und denen sie nichts voraushaben als die Bereitschaft, Hilfsausbilder zu sein, und denen sie nicht selten in Schulbildung und sozialer Schichtzugehörigkeit unterlegen sind. Welche Mittel stehen ihnen zur Verfügung, wenn sie keine begabten „Führernaturen“, oder talentierte Pädagogen sind?

DEMOKRATISIERUNG IN DER BUNDESWEHR

Viele Wehrpflichtige, die man vor allem in den ersten drei Monaten, der Grundausbildung, zum Wechsel vom „W 18“ zum Zeitsoldaten zu bewegen sucht, und die trotz finanzieller Besserstellung, trotz Vermehrung von Ausgangs- und Urlaubszeit nicht wechseln wollen, erinnerten sich an ihre Hilfsausbilder und deren vorwiegende Aufgabe: die „Formalausbildung“. Man nannte das früher kürzer und klarer „Drill“, und während er früher erklärtermaßen dazu diente, dem Zivilisten die „höchste Tugend des Soldaten“ einzuexerzieren, nämlich den unbedingten Gehorsam, dient die Formalausbildung heute dem „Gemeinschaftsgeist“, der „körperlichen Lockerung“ und der „Erziehung zum verantwortungsbewußten Soldaten“. Diejenigen Wehrpflichtigen, die sich über ihr Soldatspielen Gedanken machen und die einerseits die Notwendigkeit einer Armee einsehen, andererseits aber auch mit Recht ihre Wehrpflichtzeit als ein persönliches Opfer betrachten, verstehen diese „Beschäftigungstherapie“ nicht. Sie verstehen nicht, warum sie z. B. Stunde um Stunde Gleichschritt üben sollen, denn sie meinen, im Ernstfall hänge der Einsatz nicht vom rhythmischen Bewegen der Stiefel ab. Sie verstehen, daß Erziehung zur Sauberkeit manchem von ihnen gut tut, aber sie ärgern sich mit Recht, wenn sie nach dem Wartungsschicht am Lkw oder am Panzer, nach der Reinigung der Waffen oder anderen schmutzigen Arbeiten mit der bei den Ausbildern so beliebten Ausgangssperre bestraft werden, weil auf ihrem Koppel ein Ölfleck zurückgeblieben ist. Die jungen Soldaten — ob Freiwillige oder Wehrpflichtige — sind bereit, jede Härte und jede Entbehrung auf sich zu nehmen, wenn sie den Sinn der Ausbildungsmethode verstehen können. In der Formalausbildung jedoch sehen sie wenig Sinn. Sie empören sich, daß das Zeitopfer, das sie dem Wehrpflichtgesetz des Staates bringen, so vergeudet wird.

Heyes Sorge ist offenbar tiefer gegründet als nur auf das Fazit aus rund 5000 Beschwerden von Soldaten. Er hat sich umgesehen, er hat mit vielen Wehrpflichtigen und mit vielen hohen Offizieren gesprochen. Und da er es ernst nimmt mit seinem parlamentarischen Auftrag als „Militieombudsman“, hat er seinen Sorgen Ausdruck gegeben:

„Keine Beruhigung ist... eingetreten in der geistigen Auseinandersetzung um die Frage, ob die Grundsätze der Inneren Führung richtig sind. Die Diskussion um diese Grundsätze ist mit einer Heftigkeit entbrannt, wie dies bisher nicht bekannt war, . . . Die Grundsätze der Inneren Führung, die unerläßliche Voraussetzung für guten Geist und strenge Disziplin einer schlagkräftigen, modernen Truppe sind, werden von ihren Gegnern, die den Wesensgehalt dieser Grundsätze völlig verkennen, als zu weich, für die Truppenpraxis ungeeignet und als bloße Konzession an den Zeitgeist abgetan ... Ein weiteres Problem ist im Berichtsjahr deutlich geworden: Es ist zu begreifen, wenn Vorgesetzte den Soldaten das Gefühl des Zusammenhalts und des Stolzes auf ihre Truppe zu vermitteln wissen. Bedenklich erscheinen aber Heranbildung und Pflege eines Überlegenheitsgefühls, das sich ausschließlich auf die Zugehörigkeit zu einer Sondertruppe gründet. Ein solches ‚Elite‘-Bewußtsein wäre isolationistisch und ist schon im Hinblick auf das moderne Kriegsbild, das jeden Soldaten und jeden zivilen Bürger in vergleichbaren Gefahren zeigt, überholt.“

Er hat damit nur maßvoll angedeutet, wohin sich die bundesdeutsche Armee entwickeln kann, wenn jetzt nicht ernsthaft an die Verwirklichung der Grundsätze der Inneren Führung herangegangen wird, und wenn man nicht schließlich noch über diese Grundsätze hinaus zu einer neuen, wirklich demokratisch strukturierten Armee gelangen will.

II

Die politische Situation, in der die Bundeswehr entstanden war, enthielt von vornherein Chance und Gefahr für diesen Weg: Die Chance, einen Start einer wirklich demokratischen, von aller militaristischen Tradition unbelasteten Wehr sorgfältig zu planen ohne Rücksicht auf Bestehendes; die Gefahr, infolge der militärpolitischen Zu-

spitzung des kalten Krieges zu schnell ein 500 000-Mann-Heer auf die Beine stellen zu müssen, das nicht sorgfältig genug ausgewählt, geschult und in der demokratischen Ordnung des jungen Staatswesens verankert werden könnte. War angesichts dieser Gefahr die „Chance des Nullpunktes“ überhaupt noch eine echte Chance? Konnte sie überhaupt noch genutzt werden, auch wenn wir damals einen weniger dynamischen, ehrgeizigen und machthungrigen Verteidigungsminister als Franz Joseph Strauß gehabt hätten? Die Schöpfer der Grundsätze der Inneren Führung, ihnen voran *Graf Bauchssin*, wurden hinweggelobt und kaltgestellt. Das Tempo, mit dem die Bundeswehr aufgebaut wurde, ließ es opportun erscheinen, auf „Bewährtes“ zurückzugreifen, ohne den neuen Ideen direkt eine Absage zu erteilen, die von *Graf Kielmannsegg*, damals Mitarbeiter der Dienststelle *Blank*, bereits 1952 als „aus einem Antikomplex entstanden“ bezeichnet worden waren. Der erste Bundesminister der Verteidigung, *Theodor Blank*, formulierte in einer Erklärung am 27. Juni 1955 seine Gedanken über die zukünftige westdeutsche Armee: „Wir wollen Streitkräfte in der Demokratie, die sich dem Vorrang der Politik fügen. Sie sollen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit achten, die staatsbürgerlichen Grundrechte und Grundpflichten ernst nehmen und die Würde des Menschen anerkennen . . . Die Armee darf kein Staat im Staate sein.“ Hier wird deutlich, welche Sorge mitschwang, und von hier aus sind Heyes Bemerkungen zu verstehen. Man sollte sie nicht dazu benutzen, den wichtigsten Angelpunkt parlamentarischer Kontrolle, den Militieombudsman, lahmzulegen, denn damit wäre niemandem gedient außer den Ewig-Gestrigen, die das Militär als Selbstzweck ansehen und nicht als ein ständig an die politischen, sozialen und technischen Gegebenheiten anzupassendes Instrument der Verteidigung. Jetzt ist der Augenblick, wo man sich auf die strukturellen, innerbetrieblichen Probleme besinnen und sie einmal grundsätzlicher durchdenken sollte.

Eine Armee kann nur an ihrer Leistung gemessen werden. Ihre innere Ordnung, ihr Rekrutierungsprinzip und ihre technische Ausrüstung sind nicht Dinge, die sie „an sich“ zu einer „höheren Art gesellschaftlicher Organisation“ machen, sondern die der Effizienz dienen sollen. Nur für die extremen Formalisten, die noch heute glauben, erst in der Armee werde der Mensch zu etwas Höherem erzogen, geht der Zauber von einer Disziplinvorstellung aus, die „die ganze Seele der Armee“ (*Moltke*) ausmachen soll. Die Leistung einer Armee erweist sich aber erst im Ernstfall, und daß heute ein Ernstfall anders aussehen würde als vor zwanzig Jahren, sollte als Banalität gelten.

Ein Praktiker wie *Karl Karst*, der am Schreibtisch in der „Inneren Führung“ ebenso zu Hause ist wie in der Truppe, weist in seinem Buch „Das Bild des Soldaten“³⁾ stets darauf hin, daß der Soldat für den Ernstfall und nur für den Ernstfall ausgebildet wird. Er sieht den Sinn der militärischen Ausbildung nur darin, daß der Soldat für einen jederzeit möglichen Einsatz so schnell wie möglich ausgebildet werden muß.

Ist nun aber die Ausbildung einzig darauf abgestellt? Schon allein die Tatsache, daß es sich bei der Bundeswehr um die Rekrutierungsform einer Wehrpflichtigenarmee handelt, läßt heute, wo es nicht so sehr darauf ankommt, jeden Bürger zur Pflicht der Verteidigung aufzurufen, sondern eine schnelle, spezialisierte, zweckmäßige Armee aufzubauen, ein großes Handicap erkennen: Nach ihrer Einberufung werden die Wehrpflichtigen erst einmal mehrere Monate lang mit dem militärischen Betrieb vertraut gemacht, ohne daß sie der Verteidigung dienlich sind, und wenn sie „ausgebildet“ sind, werden sie wieder entlassen. So ist jeweils ein gutes Drittel der Armee, die auf dem Papier steht, gar nicht einsatzfähig. Und die anderen zwei Drittel? Da sind diejenigen, denen die ganze Sache einerlei ist: Sie fallen nicht auf, sie tun, was verlangt wird, aber

3) Karl Karst: Das Bild des Soldaten, Boppard/Rhein 1964.

im Ernstfall werden sie sich nicht einsetzen. *S. L. A. Marshall* beschrieb sie in seinem alarmierenden Buch „Men Against Fire“⁴⁾, und *Rolf Bigler* nahm sich in einer intensiven Studie jenes „einsamen Soldaten“ an. Manche solcher Rekruten lassen sich auch als Zeitsoldaten verpflichten, sie erhoffen sich von den technischen Lehrgängen, der Ausbildung an Maschinen und Geräten, dem Führerschein oder der Fahrlehrerausbildung einen persönlichen Gewinn für ihre weitere zivile Laufbahn und sehen damit die unumgängliche Wehrdienstzeit als nicht völlig vertan an. Auf Befragen bejahen sie — oft ohne Einschränkung — den Armeedienst und die Ausbildungszeit, aber sie sind nicht dazu zu bewegen, länger als nötig der Bundeswehr anzugehören.

Eine weitere Anzahl junger Rekruten will etwas erleben: Sie schlagen über die Stränge, um „Leben in die Bude“ zu bringen. Sie erfreuen sich am rauhen Ton und an Späßchen mit den Vorgesetzten, sie bevölkern die Kneipen am Standort und lassen sich dort volllaufen. Sie sehen ihre Bundeswehrzeit als die potentielle Möglichkeit an, „ein Mann zu werden“ — indem sie sich in pubertären Handlungen abreagieren. Einige von ihnen werden Hilfsausbilder, womit sie Macht und Ansehen erhalten, ohne etwas von der Verantwortung zu spüren, die sie dabei übernehmen. Man darf nicht übersehen, daß sie dabei manches „Vorbild“ unter einem Teil des Unteroffizierskorps finden. Auch sie sind der Armee nicht sehr nützlich.

Einige Rekruten melden sich freiwillig, weil sie aus idealistischen Gründen den Dienst für notwendig halten, oder weil sie überzeugt sind, einen wesentlichen persönlichen Beitrag zur Sicherheit der Bundesrepublik und der westlichen Welt leisten zu können. Einige kommen auch, weil der Vater Berufssoldat war und weil ihnen die gleiche Laufbahn vorschwebt. Aber mancher von ihnen ist bald enttäuscht: Zurückgestoßen von den zu jungen, zu unerfahrenen und zu schlecht ausgebildeten Vorgesetzten und von dem (in ihren Augen) unvertretbaren Mißverhältnis von Formalausbildung zu „wirklicher militärischer“ Ausbildung. Sie machen einen erheblichen Enttäuschungsprozeß durch und entgehen, obwohl potentielle Soldaten, schließlich doch wieder der Armee.

Das Unteroffizierskorps, das „Rückgrat der Armee“, besteht zum Teil noch aus Soldaten aus der alten Wehrmacht. Sie sollen jetzt den verantwortungsbewußten Soldaten, den „Staatsbürger in Uniform“ erziehen, aber sie haben ihr Handwerk unter ganz anderen Voraussetzungen gelernt. Es kann ihnen einfach nicht gelingen, demokratisch gesinnte Staatsbürger zu fördern, zumal sie ohne längere Lern- und Umlernzeit sofort voll eingesetzt wurden und ihre Zeit nun mit Formalausbildung, Dienstaufsicht und Weiterbildung auf ihrem technischen Sektor ausgefüllt ist. Der andere Teil besteht aus sehr jungen Unteroffizieren, die zumeist mit den gleichen geringen staatsbürgerlichen Kenntnissen wie ihre Untergebenen ausgerüstet sind.

Und wo sie schon von der Sache her dem Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ nicht genügen können, werden sie von der Struktur her nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar an einem demokratischen Militärbetrieb gehindert. Die Rangabzeichen sorgen für eine sorgfältig abgestufte Verantwortungs- und Machthierarchie. Der Rekrut Müller und der Gefreite Maier sind nie Herr Müller und Herr Maier. Noch immer gibt es Grußpflicht, Spindordnung, Ausgangs- und Urlaubsschein. Es gibt keinen Betriebsrat und kein Kündigungsrecht. Der Dienstbetrieb umfaßt alle total; eine Planung der Freizeit und des Privatlebens ist kaum möglich angesichts der Möglichkeiten mißgelaunter Vorgesetzter, Ausgangssperren beliebig zu verlängern. Das Kasernenorchester schirmt „das da draußen“ ab; so werden die Zivilisten schnell zu „Dreckszivilisten“.

Wen wundert es, wenn die Nagolder Kompanie 6/9, bevor sie zum „Saustall“ deklariert wurde, vorher von verschiedenen hohen Offizieren als die beste Kompanie gepriesen worden war? In den Augen dieser Offiziere ist der Staatsbürger in Uniform

4) S. L. A. Marshall: Men Against Fire, Washington 1948.

noch immer der Zivilist, der das Grundprinzip des Gehorsams lernen soll. In ihren Augen ist Formalausbildung immer noch Drill. Wie lange können sich junge, idealistisch gesonnene Offiziere in dieser Hierarchie behaupten, ohne daß sie dieselben Gedankengänge annehmen? Jürgen Schallwig erklärte, aus demokratischem Verantwortungsbewußtsein heraus Offizier geworden zu sein. Man muß ihm den Ernst dieser Äußerung glauben, aber wer mag bezeugen, wie demokratisch gesonnen er überhaupt jemals war, und wieviel davon übrigblieb?

Die Ausbilder fehlen, und die verantwortungsbewußten Offiziere sind dünn gesät. Der Zwang des Wehrpflichtgesetzes und die politische Verpflichtung eines 500 000-Mann-Heeres haben den Grundsatz der staatsbürgerlich-demokratischen und militärisch-zweckgerichteten Qualität beim Aufbau der Bundeswehr verdrängt. So ist Na-gold tatsächlich ein Symptom für die meisten innerbetrieblichen Probleme, die die Bundeswehr bewegen. Über diese Probleme ist bislang, besonders *innerhalb* der Bundeswehr, eingehend debattiert worden. Eine Besserung kann nicht von lamettareichen Uniformen, die das Ansehen der Bundeswehr heben sollen, erwartet werden, und auch nicht von schöneren Unterkünften für die Unteroffiziere. Nicht allein Lehrgänge in Staatsbürgerkunde oder Tagesbefehle zur Umgestaltung der Formalausbildung helfen die Probleme einer schlagkräftigen, verlässlichen und gleichzeitig demokratischen Armee beheben; und schließlich kann man sich auch nicht in den schicksalergebenden Satz flüchten, „demokratisches Prinzip und militärische Notwendigkeiten seien unaufheb- bare Gegensätze.“

Dem Dilemma ist nicht durch ausbesserndes Flickwerk beizukommen, denn es wurzelt in der Grundstruktur der Bundeswehr. Es wurzelt in dem Gegensatz von der Idee vom Staatsbürger in Uniform und der alten hierarchischen, mit einliniger Befehls- richtung ausgestatteten, im Kasernenhofbetrieb erstickenden traditionellen Armeordnung. Eine demokratische Armee muß von der Verantwortungsverteilung getragen sein, von dem Mitspracherecht der unteren Positionen und von dem Respekt vor der Würde des einzelnen. Eine moderne Armee von hoher Qualität muß auf die vielen Auch- und Abersoldaten verzichten, deren sie im Ernstfall nicht sicher sein kann, die sich nie zu Soldaten eignen und die man durch Formalausbildung auch nicht dazu machen kann. Nicht die Zahl von 500 000 Mann sollte Richtschnur sein, sondern die Qualität der Sol- daten, die nur bei Freiwilligen und nur bei längerer Dienstzeit dieser „berufenen“ Sol- daten gewährt ist. Ein gutes Betriebsklima, von dem die Bundeswehr noch weit entfernt ist, kann sich schließlich nur dort entwickeln, wo jeder vom Sinn seiner Aufgabe getragen ist und gleichzeitig den Respekt und die Achtung seiner Kollegen genießt. Die Bundes- wehr könnte weit anziehender für viele brauchbare Männer werden, die heute vor dem Kasernenhof, dem Formalismus, der Mißachtung ihrer menschlichen Würde und den Unzulänglichkeiten mancher schnell wieder verwendeter Vorgesetzter zurückschrecken.

Man hat geglaubt, mit der Allgemeinen Wehrpflicht eine Rekrutierungsform gewählt zu haben, die allein schon ausreichte, das demokratische Prinzip mit dem demokratischen Geist des Bürgers in die Armee zu tragen und so das Gespenst der Weimarer Wehr, die ein „Staat im Staate“ war, zu bannen. Jetzt erweist sich, daß gerade dies einer der Hauptpunkte ist, die den Demokratisierungsprozeß der Armee hemmen. Eine Wehr- pflichtigenarmee braucht einen umfangreichen Apparat, um auch nur in Friedenszeiten einigermaßen zu funktionieren, sie braucht außerdem eine bestimmte Ideologie, um der Motivation des Wehrpflichtigen nachzuhelfen. Apparat und Ideologie mußten schnell geschaffen werden — wen wundert es, daß sich beides nach bewährten Vorbildern bildete?

Die Bundeswehr, so lautete die Sorge Heyes, droht sich von unserer demokratischen Gesellschaft hinwegzuentwickeln. Dann könnte sie isoliert werden und sich zum „Staat im Staate“ wandeln. Das Gespenst, das man bannen wollte, scheint durch die Hintertür wieder hereinzukommen.